

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 39 (2020)
Heft: 74

Artikel: Die Wirtschaft feministisch denken : zu den Schwierigkeiten, unbezahlte Arbeit makroökonomisch zu verstehen
Autor: Madörin, Mascha
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1055566>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Wirtschaft feministisch denken

Zu den Schwierigkeiten, unbezahlte Arbeit makroökonomisch zu verstehen

Wie bereits im letzten *Widerspruch* 73 (Madörin 2019a) berichtet, lancierte die feministische Fakultät¹ vor dem Frauenstreik drei Zahlen – «100-248-1»² – zur ökonomischen Bedeutung unbezahlter Arbeit von Frauen. An der Eruierung dieser drei Zahlen nahmen über dreissig Frauen an verschiedenen Sitzungen teil. Die Auswahl der Zahlen und Vergleiche, die in einem Satz auf eine Postkarte passen, erforderte viel Diskussionsaufwand. Besonders schwierig war es, einschlägige und möglichst brisante Vergleiche in Wirtschaftsdaten zu finden, welche die *gesamtwirtschaftliche* Relevanz unbezahlter Arbeit aufzeigen konnten.

Wird von unbezahlter Arbeit und Benachteiligung von Frauen geredet, so werden diese meist aus der Perspektive der Lebenserfahrung angesprochen. Eine andere Sache ist es jedoch, sich die damit verbundenen enormen ökonomischen Grössenordnungen vorstellen zu können und deren Bedeutung für die Wirtschaft ganzer Gesellschaften besser zu verstehen und genauer zu analysieren.

Solche Versuche, wirtschaftliche Entwicklungen aus feministisch-ökonomischer Sicht zu analysieren und daraus wirtschaftspolitische Programme zu entwickeln, stossen auf grosse methodologische und wirtschaftstheoretische Hindernisse. Besonders gross sind die Hindernisse, wenn es darum geht, die unbezahlte Arbeit ins wirtschaftstheoretische Denken einzubeziehen. Dieser Artikel diskutiert solche Leerstellen in der neoklassischen Ökonomie und sucht nach Ansätzen, unbezahlte Arbeit auch in makroökonomischen Theorien zu verankern. Die genannten Schwierigkeiten weisen auf eine Reihe ökonomischer Problemstellungen, die uns in Zukunft vermehrt beschäftigen sollten.

Wider die Markt-Staat-Dichotomie

Kürzlich habe ich in einem Blog von Branko Milanović³ gelesen, dass in Schweden rund dreissig Prozent der Erwerbstätigen beim Staat und siebzig Prozent der Erwerbstätigen in der Privatwirtschaft arbeiten. Mit dieser Zahl wollte Milanović zeigen, dass – wie fast überall auf der Welt – selbst in skandinavischen Ländern privatwirtschaftliche respektive kapitalistische Verhältnisse dominieren. Wenn wir jedoch davon ausgehen, dass die unbezahlte Arbeit in Schweden etwa 45 Prozent⁴ des gesamten bezahlten und unbezahlten Arbeitsvolumens ausmacht, würde die Beschäftigung in der Privatwirtschaft nur noch 38,5 Prozent des gesamten Arbeitsvolumens betragen, im Staat 16,5 Prozent und in den Haushalten 45 Prozent. In der Schweiz sehen die entsprechenden Grössenverhältnisse im Jahr 2016 nicht viel anders aus, wenn die bezahlte und unbezahlte Arbeit aller Personen im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre) einbezogen werden: Es lässt sich annähernd berechnen, dass rund 34 Prozent⁵ der bezahlten und unbezahlten Arbeit in der Privatwirtschaft verrichtet wurden, im Staat und in staatsnahen Bereichen knapp 18 Prozent, in Haushalten rund 48 Prozent.⁶ Für Frauen würden die entsprechenden Daten wie folgt aussehen: 22, 19 und 60 Prozent, für Männer 46, 17 und 37 Prozent. Wie müsste man eine solche Wirtschaft charakterisieren? Wie die Asymmetrie in der Verteilung der Arbeit zwischen Frauen und Männern analysieren? Und weshalb ist nach zweihundert Jahren kapitalistischer Expansion der Anteil der unbezahlten Arbeit an der gesamten Wirtschaft immer noch so gross?

Dieses kurze Rechenbeispiel weist darauf hin, dass die politische Ökonomie der Haushalte respektive der unbezahlten Arbeit in der Dichotomie zwischen Markt und Staat notwendigerweise ausgeklammert bleibt. Auch in vielen linken Debatten. Doch der riesige Haushaltssektor fällt nicht nur aus den Debatten um Markt und Staat, er kann mit diesen Kategorien auch nicht adäquat beschrieben werden.

Aus feministischer Sicht stellen sich davon ausgehend zwei Fragestellungen: 1) Wie analysieren wir die ökonomischen Logiken und Verhältnisse, unter denen diese riesige Menge unbezahlter Arbeit in den Haushalten verrichtet werden? 2) Wie kann die Verschränkung der Haushaltsproduktion in Verbindung mit dem staatlichen und privatwirtschaftlichen Bereich und als Teil des gesamten Wirtschaftens gedacht werden?

In den 1970er- und 1980er-Jahren gab es innerhalb der Frauenbewegungen eine Kontroverse über den Zusammenhang zwischen Patriarchat und Kapitalismus, insbesondere zwischen den autonomen Frauengruppen und den feministisch-marxistischen Flügeln (Delphy/Leonard 2007 [1992], 47–92).

In der heutigen feministisch-marxistischen Analyse wird diese Kontroverse meist umgangen, indem weniger von speziellen (Produktions-)Verhältnissen gesprochen wird, sondern davon, dass die unbezahlte (Frauen-)Arbeit indirekt vom Kapitalismus ausgebeutet wird – via die Reproduktion von Arbeitskräften. Die Haushaltsarbeit wurde und wird in den meisten Analysen sozusagen als Hinterhoftätigkeit im System der Kapitalakkumulation gesehen.

Es ist jedoch nicht so, dass der Haushaltssektor in der gängigen Wirtschaftstheorie bisher nicht vorgekommen wäre. Der neoklassische US-Ökonom Gary Becker (1930–2014), Wirtschaftsnobelpreisträger und Mitgründer der «modernen Haushaltstheorie», hat beispielsweise die Grössenordnungen der Hausarbeit und ihre Bedeutung für die Gesamtwirtschaft durchaus thematisiert. Er steht damit in einer langen US-Tradition, Haushaltsökonomie als Teil der Wirtschaftswissenschaften zu thematisieren. Becker verglich das Wirtschaften in Haushalten mit der gesamten Wirtschaft und beschrieb realistisch, was die Statistiken auch heute – mehr als zwanzig Jahre später – immer noch zeigen: «Familien sind in allen Gesellschaften – inklusive den modernen, marktorientierten – verantwortlich für die Hälfte oder die Mehrheit [der gesamten ökonomischen Aktivität], denn sie produzieren einen Grossteil des Konsums, der Bildung, der Gesundheit und weiteres Humankapital ihrer Mitglieder.» (zit. in de Vries 2009, 30, Übers. d. Red.) Feministische Theoretikerinnen haben Beckers Analyse insofern kritisiert, als er, um die asymmetrische Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen zu erklären, Haushalte mithilfe des Betriebsmodell eines Kleinunternehmens betrachtet: Demnach handeln Haushalte einzig aufgrund von ökonomischen Überlegungen wie etwa Effizienz. Von Macht- und Ausbeutungsverhältnissen zwischen Männern und Frauen ist darin keine Rede. Becker setzte sich, ausser was den Konsum anbelangt, auch nicht mit der Frage auseinander, wie die übrige Ökonomie mit der Haushaltsökonomie verschränkt ist. Letztere Fragestellung drängt sich einem neoklassischen Theoretiker schlicht nicht auf, weil die Antwort von vornherein klar ist: Aus seiner Sicht sind Haushalte – gleich wie Betriebe, Banken oder der Staat – ökonomisch «rational» agierende Akteure auf dem freien⁷ Markt, reagieren auf Löhne und Konsumgüterpreise und passen sich in ihrer inneren Organisation den äusseren Gegebenheiten an.

Der verführerische Ansatz des methodologischen Individualismus

Die ersten neoklassischen Theoretiker der freien Marktwirtschaft⁸ gingen in ihrer Theorie vom Individuum aus, von Wirtschaftssubjekten oder Betrieben (mit dem Unternehmer an der Spitze), die von aussen der Knappheit ökonomischer Ressourcen und den damit verbundenen Preismechanismen ausgesetzt sind. Dadurch sollten die Produktion und die kreativen Fähigkeiten der Menschen befreit werden von den Vorschriften, der Starrheit und der Abzockerei eines Feudalstaates genauso wie von einer hierarchischen, kontrollierenden und unflexiblen Bürokratie. Eine Theorie, die sozusagen von der «Basis», dem Individuum, ausgeht – ein Ansatz, der spontan einleuchtet. Die neoklassische Markttheorie thematisiert die Selbstregulierung der Märkte durch Preise. Der Preismechanismus führt, so die Theorie,⁹ nicht nur zu Effizienz im Verbrauch von Ressourcen – effizienter als dies je durch einen Staat und politische Entscheide geplant werden könne –, sondern auch zur Produktion von genau den Gütern, die KonsumentInnen brauchen und wünschen.

Dieser Analyseansatz, der auf mikroökonomischen Theorien beruht, wird in der Fachliteratur «methodologischer Individualismus» genannt. Fast alle mathematischen Modelle der gängigen Wirtschaftstheorie beruhen darauf. Yanis Varoufakis, der unter anderem mathematische Ökonomie studiert hat, ist einer der kritischen Ökonomen, der seit Jahren auf die Irreführungen und Gefahren des methodologischen Individualismus sowie auf die einschränkenden Annahmen in der neoklassischen Markttheorie hinweist (Varoufakis 2014; Arnsperger/Varoufakis 2006). Er hat gezeigt, dass nur minimale Änderungen der Annahmen – etwa, dass es mehrere Produkte gibt, sich Konsumpräferenzen im Verlauf der Zeit ändern oder Marktteilnehmende kooperieren – faktisch die Mathematik der neoklassischen Markttheorien ad absurdum führen. Es gibt keine Lösungen der Gleichungen mehr. Varoufakis warnt immer wieder davor, dass, wenn es um gesamtwirtschaftliche Aussagen geht, bis heute implizit auf diese Modelle ökonomischer Entwicklung zurückgegriffen wird. Aktuell werden zwar auch in der Mainstream-Ökonomie neue mikroökonomische Theorien entwickelt, so zum Beispiel neue Verhaltenstheorien, Theorien des Glücks oder Forschung darüber, wie durch die direkte Finanzierung von armen Haushalten im globalen Süden die Entwicklungshilfe effizienter gestaltet werden könnte. Aber bei den Schlussfolgerungen und bei der Interpretation gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge berufen diese sich unbeirrt auf die veralteten neoklassischen mathematischen Modelle.

Das führt zu eigenartig inkonsistenten und fragmentierten wirtschaftspolitischen Argumentationen. Unerwartete und nicht annähernd richtig prognostizierte Entwicklungen werden nachträglich mit fehlenden Marktmechanismen, mit unerwarteten externen Entwicklungen (Krieg, Naturkatastrophen etc.) oder mit falscher respektive irrationaler staatlicher Wirtschaftspolitik erklärt.

Aus der Sicht dieser neoklassischen Theorien sind die ungerechten Geschlechterverhältnisse exogen gegeben: Es wird angenommen, dass diese soziologisch oder durch paternalistische Traditionen in Familien zu erklären sind, aber im Prinzip nichts mit Kapitalismus und schon gar nichts mit der freien Marktwirtschaft zu tun haben.

Viele linke Argumente funktionieren meines Erachtens ähnlich wie neoklassische, da sie ein ähnliches «Systemverständnis» des Kapitalismus haben. Nur dass bei ihnen anstelle des freien Markts die Profitmaximierung des Kapitals als alles erklärende Abstraktion tritt. So werden konkrete Missstände wie die Ausbeutung der unbezahlten Arbeit der Frauen mit dem Kapitalismus generell oder mit der Macht der Kapitalisten und ihrem Profitstreben erklärt. Nachträglich gesehen, stimmt das eigentlich immer, weil meist irgendwelche Kapitalisten Profite eingefahren haben. In dieser marxistischen Argumentation werden die ungerechten Geschlechterverhältnisse und die Ausbeutung der Frauen prinzipiell durch kapitalistische Interessenspolitik erklärt. In beiden Fällen ist von Beginn weg klar, wie die sozioökonomische Situation von Frauen als Frage des kapitalistischen «Systems» zu denken ist. Die Entwicklung einer feministischen Politischen Ökonomie wird dadurch überflüssig.

Heterodoxe Theorien als Ansatzpunkt

Ich schlage vor, dass sich eine feministische Makroökonomie an sogenannten heterodoxen Ansätzen orientiert. Die heterodoxen ÖkonomInnen, die an Karl Marx, John Maynard Keynes oder der institutionellen Ökonomie anknüpfen, lehnen den methodologischen Individualismus ab. Sie gehen nicht von Individuen aus, sondern von einem Zusammenspiel verschiedener wirtschaftlicher Bereiche. Diese «Heterodoxen» versuchen, die wirtschaftliche Dynamik verschiedener Wirtschaftssektoren und sozialer Gruppen genauer zu verstehen und die jeweils besondere ökonomische Logik zu analysieren, in der diese «eingesperrt» sind: Lohnabhängige sind gezwungen, Geld zu verdienen respektive einen Job zu haben; Unternehmer investieren und schaffen Arbeitsplätze nur, wenn sie glauben, in Zukunft Profite machen zu

können; und Banken geben nur Kredite, wenn sie der Ansicht sind, dass die SchuldnerInnen fähig sind, in Zukunft genug zu verdienen und die Schulden und Zinsen zurückzuzahlen. Es geht dabei um die Definition der sogenannten mesoökonomischen Bereiche, darum, die eingeschränkten Spielräume dieser Bereiche und ihrer sozialen Gruppen zu verstehen. Die ökonomischen Logiken der Mesobereiche werden als Voraussetzungen gesehen, um die makroökonomischen Dynamiken ihres Zusammenwirkens zu verstehen. Sie bilden die Grundlage für die Analyse, weshalb Krisen entstehen und wie der Staat handeln müsste. Doch auch in diesem heterodoxen Denken besteht das Problem, dass sowohl die Frauen, ihre Interessen, als auch die unbezahlte Arbeit als analytische Kategorien fehlen.

Versuchen wir, diese Kategorien in das heterodoxe Denken einzuführen, stellen sich grundsätzliche Fragen: Sind nun Frauen – gleich wie die Lohnabhängigen – eine eigene Kategorie im wirtschaftstheoretischen Denken? Oder sind es nicht die Frauen, sondern ist es die unbezahlte Arbeit an sich, die eine Gruppe bildet? Zu welcher Klasse gehören Hausfrauen, Frauen, die vorwiegend in Familienzusammenhängen unbezahlte Arbeit leisten, im Unterschied etwa zu gut ausgebildeten Frauen, die zwar einen relativ gut bezahlten Job haben, aber einen tieferen Lohn bekommen als Männer mit vergleichbarer Ausbildung? Fokussierte die kontroverse feministische Debatte der 1970er-Jahre in dieser Hinsicht auf Klassenfragen, wird heute Gender als Querschnittsthema gesehen – oder noch komplizierter als ein Problem intersektionaler Analyse. Also wiederum ähnlich wie in der neoklassischen Tradition des methodologischen Individualismus: als schier unübersehbare Vielfalt und komplexe Situation von Frauen, nützlich und notwendig für soziologische Analysen, aber ungeeignet für makroökonomische Fragestellungen.

Haushaltsökonomie und Sorge- und Versorgungswirtschaft

Wie wäre also ein mesoökonomischer Ansatz aus feministischer Sicht möglich? In meiner wirtschaftstheoretischen Arbeit zu feministischer Ökonomie habe ich mir zuerst die folgende Frage gestellt: Was und in welchen Zusammenhängen arbeiten Frauen, bezahlt und unbezahlt? Diese Frage ist für eine Ökonomin naheliegend aus zwei Gründen: Zum einen ist es die Ausgangsfrage des sogenannten feministischen Materialismus und war immer ein wichtiges Thema der Frauenbewegungen. Zum anderen geht der für die Makroökonomie wichtigste statistische Apparat, nämlich die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) auch von Arbeit aus, allerdings nur von Erwerbsarbeit: Die Volkswirtschaft besteht in der VGR-Rechnung aus Pro-

duktion, Arbeitsaufwand respektive -kosten sowie aus erzielten Einkommen (im wesentlichen Löhne, Gewinne, Abschreibungen). Die VGR unterscheidet zwei Darstellungen der so in Geld gemessenen wirtschaftlichen Tätigkeiten:

1 Die Zusammensetzung des Bruttoinlandprodukts BIP *nach institutionellen Sektoren*: Die Grunddaten zu Arbeitskosten, Abschreibungen und Gewinnen (Bruttowertschöpfung) werden nach unterschiedlichen institutionellen Sektoren verbucht: nicht-finanzielle private Kapitalgesellschaften, finanzielle Kapitalgesellschaften (Banken, Versicherungen), Staat und Haushalte.¹⁰ Allerdings wird die unbezahlte Arbeit in der VGR nicht einberechnet. Wird sie integriert, kann gezeigt werden, was in Haushalten zusätzlich zu dem, was konsumiert wird, mit unbezahlter Arbeit in den eigenen Haushalten und für andere produziert und an Dienstleistungen erbracht wird. Das ist gesamthaft gesehen sehr viel: Die so «erweiterte» Bruttowertschöpfung der Haushalte war 2016 fast so gross wie die Bruttowertschöpfung der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften, sie beträgt rund das 7,5-fache des Finanzsektors oder das 6,5-fache des Staates (Madörin 2019b, 102).

Diese Sicht auf Haushalte ist wichtig für die Analyse des Lebensstandards oder beispielsweise für das Verständnis von Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Aus dieser statistischen Perspektive können auch die Produktionsverhältnisse im engeren Sinn analysiert werden: die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse, in denen in Haushalten gearbeitet und entschieden wird, der Lebensstandard, die sozioökonomische Situation, und die Frage, wozu Haushalte das Geld ausgeben und woher ihre Einnahmen kommen.

2 Die Zusammensetzung des BIP kann auch anders dargestellt werden, nämlich indem Produktion und Dienstleistungen nach verschiedenen Branchen eingeteilt werden. Dies kann dazu dienen, Unterschiede in der Arbeitsproduktivität und Rentabilität der verschiedenen Branchen zu analysieren, die Frage der Ausbeutung der Lohnarbeit genauer zu klären, die Lohndiskriminierung der Frauen und die Gewinne der Kapitalisten zu untersuchen und nicht zuletzt das jeweilige Wachstum der Branchen zu eruieren. In dieser Unterteilung werden die Branchen in Wirtschaftssektoren eingeteilt: in Land- und Forstwirtschaft (Sektor 1), Industrie/Bauwirtschaft (Sektor 2) und Dienstleistungen (Sektor 3).

Aufgrund meiner Untersuchungen schlage ich vor, die Branchen im Dienstleistungssektor aufzuteilen in einen Sektor, der die nicht-personen-

bezogenen Dienstleistungen umfasst und in einen Wirtschaftssektor aller personenbezogenen und haushaltsnahen Dienstleistungen: der Sorge- und Versorgungssektor, zu dem auch die unbezahlte Arbeit gehört. Es gibt eine Reihe triftiger wirtschaftstheoretischer Gründe, von einem besonderen Wirtschaftssektor mit einer besonderen ökonomischen Logik und Funktion zu sprechen (Madörin 2019b).

Der Sorge- und Versorgungssektor ist für eine feministisch-ökonomische Analyse von besonderem Interesse, weil gegenwärtig Frauen über achtzig Prozent ihrer bezahlten und unbezahlten Arbeit im Sorge- und Versorgungssektor verrichten. Das Bruttoinlandprodukt wäre, wenn der monetäre Wert der unbezahlten Arbeit mit einberechnet wird, mehr als sechzig Prozent höher als das bisher international standardisierte BIP. Der Sorge- und Versorgungssektor ist – inklusive unbezahlter Arbeit – der grösste Wirtschaftssektor überhaupt, wird aber statistisch nicht speziell ausgewiesen und ist meistens nicht Gegenstand wirtschaftstheoretischer Betrachtungen.

Nur ein kleiner Teil (z. B. Gastgewerbe, Detailhandel und Freizeitindustrie) in der Sorge- und Versorgungswirtschaft ist marktwirtschaftlich organisiert, generell ist heute das Lohnniveau tiefer als in den Wirtschaftssektoren von Industrie und nicht-personenbezogenen Dienstleistungen. Die kapitalistische Akkumulation in diesem «Frauensektor» fällt aber gesamtökonomisch gesehen – jedenfalls was die Profite aus der Arbeit anbelangt – kaum ins Gewicht. Der Sorge- und Versorgungssektor ist jedoch entscheidend, wenn es um den Lebensstandard, die Gesundheit, das Aufziehen von Kindern, das – hoffentlich – gute Leben und unsere soziale Sicherheit geht.

Kurzum: Die Haushaltsökonomie als auch der Sorge- und Versorgungssektor (mit den haushaltsnahen und personenbezogenen Dienstleistungen) bilden die mesoökonomische Basis für eine kritische, feministische Makroökonomie (Madörin 2019b).

Ausgehend von dieser Aufteilung in ökonomische Sektoren, liesse sich das Geschlechterverhältnis in der Wirtschaft aus makroökonomischer Sicht folgendermassen beschreiben: Männer dominieren bei weitem die Zahl der Beschäftigten in klassischen und neuen Wirtschaftszweigen der kapitalistischen Marktwirtschaft und sie verrichten wesentlich weniger unbezahlte Arbeit. Männer arbeiten also vor allem in Sektoren, die wichtig sind für die kapitalistische Akkumulation, Frauen vor allem in der Sorge- und Versorgungswirtschaft, die wichtig ist für unser Wohlbefinden. Die Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit von Frauen und Männern ist in der Schweiz also in zwei Hinsichten asymmetrisch: sowohl was die Beschäfti-

gung in verschiedenen Wirtschaftszweigen anbelangt als auch die Verteilung ihrer Arbeit in institutionellen Sektoren.

Ausblick: Ein feministischer Green New Deal

Anlässlich der Wahl des früheren US-Präsidenten Barack Obama und der damals akuten Finanzkrise haben über tausend HistorikerInnen und ÖkonomenInnen 2008 einen offenen Brief¹ an Obama geschrieben, in dem sie festhalten, dass der New Deal der 1930er-Jahre vor allem der Verbesserung der Situation der Gutsausgebildeten und der weissen, männlichen Lohnabhängigen diene. Sie fordern im Brief «For a New New Deal» Obama auf, dass im angekündigten Wirtschaftsstimulus nicht nur die materielle Infrastruktur repariert und für den ökologischen Umbau erweitert wird, sondern auch in die ebenfalls zerfallende «soziale Infrastruktur» investiert werden muss. Sie schrieben, dass Care-Arbeit genauso wichtig wie Bauarbeit sei. Wobei anzumerken ist, dass statistisch gesehen allein das Volumen der (unbezahlten) Care-Arbeit für Kinder und Kranke 3,5mal grösser ist als dasjenige der Bauarbeit. Auch heute wird von linker und grüner Seite ein neuer Green New Deal gefordert. Welche Elemente müsste ein solcher New Deal aus feministischer Sicht enthalten?

Eine feministische Zukunftsdebatte muss sich um die Zukunft der beiden Wirtschaftssektoren Haushalt sowie Sorge- und Versorgungswirtschaft drehen. Ihr enormes ökonomisches Gewicht und ihre spezielle ökonomische Logik müssten für die Debatte über Umverteilung, Sozialpolitik und nachhaltiges Wirtschaften in Betracht gezogen werden. In jedem Programm zu einem Green New Deal und in jedem Parteiprogramm zu Wirtschaftspolitik bräuchte es einen speziellen Teil zur Zukunft der Care-Ökonomie, der sich in Unterkapiteln mit der Zukunft der Haushaltsökonomie und mit der Zukunft der Sorge- und Versorgungswirtschaft befasst. Auch in diesen Teilen bräuchte es Vorschläge zur sozialen Gerechtigkeit, zur Demokratisierung und zur Nachhaltigkeit.

Dazu müssen wir weiter an feministischen makroökonomischen Theorien arbeiten. Heute haben wir viele Daten und analytische Möglichkeiten, die es etwa zur Zeit des ersten schweizerischen Frauenstreiks 1991 noch nicht gegeben hat. Über die einschlägigen Grössenordnungen wissen wir jedenfalls jetzt Bescheid. Der wirtschaftstheoretische Streit über die Interpretation der Zahlen, die aus den statistischen neuen Arrangements mit unbezahlter Arbeit möglich sind und die Kontroversen über wirtschaftspolitische Folgerungen könnten jetzt beginnen.

Anmerkungen

- 1 www.feministische-fakultaet.org (Abfrage 20.2.2020).
- 2 Zur Bedeutung der Zahlen siehe www.100-248-1.org (Abfrage 20.2.2020) und Madörin (2019a).
- 3 glineq.blogspot.com/2019/10/why-it-is-not-crisis-of-capitalism.html (gepostet am 11.10.2019, Abfrage 20.2.2020).
- 4 Geschätzt aufgrund der Statistiken zum Volumen der unbezahlten Arbeit und Erwerbsarbeit der Time Use Study, wie sie die OECD veröffentlicht. Sie enthält nur die Zahlen von Erwerbstätigen im Alter von 24 bis 65 Jahren und stammt für Schweden aus den Zeitbudgeterhebungen von 2010: OECD (2019): Time use across the world. In: Gender Data Portal. stats.oecd.org/OECDStat_Metadata/ShowMetadata.ashx?Dataset=TIME_USE&Coords=%5bDESC%5d.%5bPAW%5d&ShowOnWeb=true&Lang=en (Abfrage 20.2.2020).
- 5 Es gibt keine Statistiken zu den Beschäftigten in staatlichen/parastaatlichen und privatwirtschaftlichen Bereichen. Gerhard Schwarz (NZZ 27.2.2016) zählt zum öffentlichen Sektor die öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheitswesen, Heime und Soziales, Energie und Wasserversorgung. Meine Berechnungen und Schätzungen beruhen auf der gleichen Annahme und auf der Arbeitsvolumenstatistik (AVOL; T 03.02.03.01.02.02) des BFS und auf der Beschäftigungsstatistik BESTA zur Schätzung des Arbeitsvolumen der Wasser- und Energieversorgung.
- 6 Berechnet aus: BFS, SAKE (Schweiz. Arbeitskräfteerhebung): Modul unbezahlte Arbeit T 03.06.00.01. und T 03.06.03.01.
- 7 Hier und in der Folge verwende ich den Begriff der «freien Marktwirtschaft» im neoklassischen Sinne, nämlich, dass die Marktwirtschaft sich möglichst «frei» von staatlicher Intervention via Preise selbst reguliert.
- 8 Ich spreche hier von der auf Adam Smith und David Ricardo folgenden Generation der Wirtschaftstheoretiker. Es handelt sich um die sogenannten Grenznutzentheoretiker, die eine radikale Theorie der Selbstregulierung der Märkte entwickelten (in Deutschland und Österreich noch zu Zeiten der Monarchien). Ein Ansatz, der dann in der sogenannten österreichischen Schule zur Basis der neoliberalen Theorien und Politik weiterentwickelt wurde. Sie analysierten die Selbstregulierung der Märkte, die durch den Preismechanismus zustande kommt, als bestmögliche Variante der Allokation von knappen Ressourcen. Die Theoretiker der ersten Stunde waren Carl Menger (1840–1921), Friedrich Wieser (1851–1926) und Eugen Böhm (1851–1914), deren Theorien systematisch insbesondere von Ludwig von Mises (1881–1973) und Friedrich von Hayek (1899–1992) weiterentwickelt wurden. Fast zeitgleich wie im deutschsprachigen Raum wurden weitere Grenznutzentheorien in England entwickelt. Daraus entstand die Neoklassik, welche die klassische Theorie des freien Marktes von Adam Smith mit der Idee des Grenznutzens verknüpfte. Die Grenznutzentheorie versuchte, die Idee der «unsichtbaren Hand» bei Adam Smith wissenschaftlich (und mathematisch) zu untermauern. Es ging nicht nur darum, die Funktionsweise des kapitalistischen Marktes zu verstehen, sondern auch zu zeigen, dass die durch Märkte gesteuerte Produktion zu besonders effizienten Ergebnissen kommt und nach konjunkturellen Schwankungen immer wieder zu einem Gleichgewicht führt. Die wichtigsten Gründer dieser Schule sind: Alfred Marshall (1842–1924), William Jevons (1835–1882) und Léon Walras (1834–1910).
- 9 Die Theorie setzt unter anderem voraus, dass das private Eigentum und der freie Wettbewerb gewährleistet sind.
- 10 In den Haushaltssektor wird auch die Bruttowertschöpfung der sogenannten «Organisationen ohne Erwerbszweck» (wie z. B. Gewerkschaften) integriert. Es handelt sich allerdings um einen sehr tiefen Anteil.
- 11 Brief vom 18. Dezember 2008: crwsj.projects.femst.ucsb.edu/press_release_letter_to_obama.pdf (Abfrage 20.2.2020).

Literatur

- Arnsperger, Christian / Varoufakis, Yanis, 2006: What is Neoclassical Economics? The three axioms responsible for its theoretical oeuvre, practical irrelevance and, thus, discursive power. In: post-autistic economics review Nr. 38. www.paecon.net/PAERreview/wholeissues/issue38.pdf (Abfrage 19.2.2020)
- Delphy, Christine / Leonard, Diana, 2007 [1992]: *Familiar Exploitation. A New Analysis of Marriage in Contemporary Western Societies*. Cambridge und Malden
- De Vries, Jan, 2009: *The Industrious Revolution. Consumer Behavior and the Household Economy, 1650 to the Present*. New York
- Madörin, Mascha, 2019a: Zahlen sichtbar machen – wenn Frauen zählen. Nachlese zum Frauenstreik. In: *Widerspruch* 73, 185–188
- Madörin Mascha, 2019b: Zählen, was zählt. Sorge- und Versorgungswirtschaft als Teil der Gesamtwirtschaft. In: Ulrike Knobloch (Hg.): *Ökonomie des Versorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum*. Weinheim und Basel, 89–119
- Varoufakis, Yanis, 2015: *Economic Indeterminacy. A personal encounter with the economists' peculiar nemesis*. London und New York

